

ren. Die Regierung habe die Bedeutung des Schutzes von geistigem Eigentum erkannt. Behörden würden gedrängt, Originalsoftware zu kaufen. Große staatliche Systeme wie das Zollamt und die Steuerbehörde benutzen bereits Microsoft-Produkte. Seit 1993 ist das US-Unternehmen auf dem chinesischen Festland mit einem eigenen Büro vertreten. Nach einer zweiten Phase der China-Strategie seit 1998, in der Forschungs- und Entwicklungszentren in Shanghai und Beijing eröffnet worden sind, liege der Schwerpunkt in der beginnenden dritten Phase nun auf strategischen Allianzen. Im Januar gründete Microsoft ein Joint Venture mit dem Beijinger Unternehmen Sensoft, das Anwendungen für die Regierung entwickelt. Mit dem Unternehmen Wicresoft soll in Shanghai ein Zentrum zur Kundenbetreuung ausgebaut werden. (AWSJ, 11.6.02)

Neben Beteiligungen an chinesischen Firmen soll ein Teil der in Aussicht gestellten 750 Mio. US\$ in eigene Produktionsstätten, aber auch in Schulungszentren investiert werden. Das Unternehmen erklärte sich bereit, zur Prüfung und Diskussion der Investitionen ein gemeinsames Komitee mit der Kommission für Entwicklungsplanung des Staatsrats einzurichten. (AWSJ, 28.6.02) Dieser ungewöhnliche Schritt legt nahe, dass Microsoft für die Eroberung des chinesischen Marktes und vor allem den Schutz seiner Eigentumsrechte nun stärker auf die Kooperation mit der Regierung setzt – nicht mehr wie bisher auf Klagen gegen einzelne Unternehmen.

Software-Piraterie ist auch für Adobe Systems ein großes Problem. In Asien generiert der Hersteller von Programmen wie Photoshop und Acrobat 20% seines Geschäfts, hauptsächlich jedoch in Japan. Der Chef des Unternehmens Bruce Chizen schätzt, dass 97% der in China genutzten Adobe-Produkte nicht lizenziert sind; im Hauptmarkt USA würden dagegen ein Drittel der Programmkopien illegal genutzt. Dennoch verspricht sich der Manager gute Wachstumsaussichten für Adobe durch höhere Ausgaben für Software seitens der Regierung und der Unternehmen. (AWSJ, 6.6.02)

Auf einer Tagung des Softwareherstellers Oracle in Beijing kündigte Unternehmensgründer Lawrence Ellison an,

Kundenzentren in ganz China eröffnen zu wollen. Nach seinen Angaben würden die Standards von Oracle und Microsoft um Marktanteile konkurrieren. Der Kunde entscheide mit dem Kauf selbst über die Wahl der Anwendungssoftware. (AWSJ, 13.6.02) -bö-

24 Konflikte mit den USA bei Stahl und Agrarprodukten

Im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) tragen die Vereinigten Staaten und China Handelskonflikte aus. Im Mittelpunkt stehen hierbei US-Stahlzölle und angebliche chinesische Exportsubventionen im Agrarbereich.

Am 7. Juni diesen Jahres beantragte das Neumitglied China zum ersten Mal die Einrichtung eines Schiedsgerichts bei der WTO, um sich gegen die im März erlassenen US-Stahlzölle zu wehren. Nachdem die USA zunächst die Entscheidung über den Antrag verzögert hatten, wurde Chinas Beschwerde zusammen mit denen der EU, Japans, Südkoreas, Norwegens, Brasiliens und der Schweiz in die Kompetenz eines einzigen Schiedsgerichts übergeben; dies gab das Streitschlichtungsgremium der WTO am 24. Juni bekannt. (WTO News, 24.6.02; HB, 25.6.02)

Das Ergebnis einer Anti-Dumping-Untersuchung der USA gegen zwei chinesische Stahlproduzenten wurde Anfang Juni verkündet: die Unternehmen Ma'anshan Iron and Steel und Weifang Steel Tube wurden von den Dumping-Vorwürfen freigesprochen, so dass es nicht zu den angedrohten Strafzöllen von 153% kommen wird. Anwälte der Firma O'Melveny & Myers, die die chinesischen Mandanten vertreten hatten, sprachen von einem positiven Signal für Chinas Wirtschaft. Unternehmen aus der Volksrepublik schrecken häufig vor den aufwendigen Verfahren zurück, die ein Einspruch gegen Dumping-Vorwürfe nach sich zieht – nicht zuletzt wegen hoher Anwaltskosten und unklarer Erfolgsaussichten. (XNA, 4.6.02)

Im Rahmen der Gespräche zum Agrarhandel beschwerte sich US-Unterhändler Allen Johnson über Verstöße Chinas gegen WTO-Regeln, die ein schnelles Zurückfahren von Subventionen für Agrarexporte vorsehen.

Maisexporte mit einem Volumen von 3 Mio. Tonnen jährlich gingen vor allem nach Südkorea zu Preisen, die unter den chinesischen Produktionskosten lägen. Ähnliche Zweifel gäbe es bei Weizen- und Baumwolllexporten. Unlängst hat sich die Volksrepublik erneut zu Forderungen nach einem Abbau der Agrarsubventionen bekannt, welche die so genannten Cairns-Gruppe in der WTO vertritt.

Der US-Unterhändler Johnson sprach von zunehmender Besorgnis bezüglich der Umsetzung von WTO-Vorschriften durch China, auch über den Bereich der Landwirtschaft hinaus. Mit Unterstützung Japans und der EU setzten sich die Vereinigten Staaten für eine genaue Prüfung der chinesischen Fortschritte noch in diesem Jahr ein. Bislang hat Washington von einer formalen Beschwerde abgesehen. (FT, 20.6.02) -bö-

Binnenwirtschaft

25 Entwicklung des Privatsektors im Jahr 2001

Während die Staatsunternehmen im vergangenen Jahr 4,5 bis 5 Mio. Stellen gestrichen haben, entstanden in der Privatwirtschaft bis zu 3 Mio. neuer Arbeitsplätze, eine Steigerung um 13%. Damit hat sich die Wachstumsdynamik im Vergleich zu den 1990er Jahren verlangsamt. Damals war die Zahl der bei Privatunternehmen Beschäftigten jährlich um 29% gewachsen. Am Ende des Jahres 2001 arbeiteten nach Angaben des Ministeriums für Arbeit und Soziales 36,6 Mio. Menschen im Privatsektor.

Die Küstenprovinzen Jiangsu, Guangdong, Zhejiang und Shandong beheimaten zusammen mit den Metropolen Shanghai und Beijing über die Hälfte der gut 2 Mio. offiziell registrierten Privatunternehmen. Mehr als zwei Drittel befinden sich im Osten des Landes.

Welchen Anteil des Bruttoinlandsprodukts (BIP) die private Wirtschaft erzeugt, ist unklar. Statistiken der chinesischen Regierung sprechen von 28%, während die Weltbank von 50%

ausgeht. Der Wert hängt stark von der zugrunde gelegten Definition des Begriffs „Privatunternehmen“ ab. Grundsätzlich bezeichnet er in privatem Besitz befindliche Unternehmen mit mehr als acht Beschäftigten. Doch bei Eigentums- und Managementstrukturen gibt es viele Abstufungen. Unternehmen mit Auslandskapital etwa sind in der Regierungsdefinition nicht enthalten.

Nach Angaben der Staatsbehörde für Industrie und Handel betrug das registrierte Kapital der Privatunternehmen Ende vergangenen Jahres 1.821 Mrd. Yuan, ein Anstieg um 36,9%. Dies ist eine Verlangsamung gegenüber dem Durchschnittswachstum von 65% jährlich zwischen 1990 und 2000. Die Wertschöpfung hat 1.232 Mrd. Yuan betragen und damit um 14,7% gegenüber dem Vorjahr zugelegt.

Beim Asian Venture Capital Forum Mitte Juni in Beijing sprach sich ein hochrangiges Mitglied der Kommunistischen Partei für die schnelle Einrichtung von Mechanismen zur Vergabe von Risikokapital aus. Jing Shuping, ein Mitglied der zweiten Führungsebene der Politischen Konsultativkonferenz, nannte dies als wichtiges Ziel. Der mangelnde Zugang zu Kapital gilt als großes Problem für die Privatwirtschaft. Nach einer Untersuchung der International Finance Corporation entfiel Ende 1999 nur 1% des Kreditvolumens chinesischer Banken auf Privatunternehmen. Auch bei der Genehmigung von Börsengängen wurden bislang staatseigene Betriebe bevorzugt. An einigen großen Privatunternehmen sind schon heute Risikokapitalgeber beteiligt. Neben dem legalen Finanzsektor gibt es einen bedeutenden grauen Kapitalmarkt.

Noch immer fehlen wichtige Schlüssel-daten zur Privatwirtschaft, zum Beispiel über die Gewinne der Unternehmen, klagt Rupert Hoogewerf, der für die Zeitschrift *Fortune* eine Liste der 100 wohlhabendsten Chinesen erstellt: „Zahlen vom Ende der 90er Jahre legen nahe, dass Privatunternehmen eine Profitabilität von 20% hatten, Unternehmen mit Auslandskapital aus den roten Zahlen kamen und Staatsbetriebe Verlust machten. Das ist die Sorte Informationen, die ich haben möchte.“ (FT Deutschland, 6.5.02; Biz.org, 12.6.02; XNA, 14.6.02; CEN, 17.6.02) -bö-

26 Starkes Wachstum auf dem Pharmamarkt

Der Konsum von Medikamenten wächst schnell. Im vergangenen Jahr haben die Chinesen 16,2 Mrd. Euro für Arzneimittel ausgegeben, 8,1% mehr als im Jahr 2000. Produkte von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung und Importe beherrschen mit einem Anteil von 57% den Markt.

Doch die lokalen Firmen holen auf. Der Marktanteil von Importen sank von 29% im Jahr 1998 auf 23% im vergangenen Jahr, der Absatz von Produkten der Joint Ventures blieb konstant; es profitierten die einheimischen Firmen, die ihren Anteil von 37% auf 43% steigern konnten. Dies zeigt eine aktuelle Studie, die 46 Krankenhäuser der Stadt Shanghai untersuchte. In den Großstädten wächst der Arzneimittelverbrauch besonders schnell; noch immer gelangt der überwiegende Teil des Absatzes über die Krankenhäuser zum Kunden.

Medikamente gegen Infektionen sind mit großem Abstand die umsatzstärkste Produktgruppe. Aventis China-Chef Rüdiger Barth sagte im vergangenen September, die Antiinfektiva hätten einen Marktanteil von 80%. Die Ergebnisse der Shanghaier Studie zeigen, dass 35% der Arzneimittelausgaben allein auf Antibiotika entfallen. Auffällig ist das explosive Wachstum bei den Medikamenten gegen Virusinfektionen. Eine zweite Studie ergab für die Jahre 1998 bis 2000 eine wertmäßige Verdreifachung des Verkaufs von antiviralen Mitteln. Besonders häufig verwendet werden Kopien bekannter Präparate (so genannte Generika) mit Wirkstoffen gegen Herpesinfektionen und Aids. Untersucht wurden 136 Krankenhäuser in mehreren Großstädten Süd- und Westchinas. (NfA, 25.9.01, 2.1.02, 20.6.02)

Dass Aids zunehmend auch in China als Problem erkannt wird, zeigt eine Senkung der Medikamentenpreise durch die Staatliche Kommission für Entwicklungsplanung. Gegenwärtig liegen die monatlichen Arzneimittelausgaben hier bei 240 bis 361 US\$, denn die Produkte müssen importiert werden. Einige Ärzte fordern bereits die Herstellung von Generika in China, um die Kosten für eine Behandlung wie in Brasilien oder Indien auf

monatlich 50 US\$ zu senken. (XNA, 27.2.02) Das Aids-Programm der Vereinten Nationen schätzt die Zahl der HIV-Infizierten in China auf über eine Million. Die Zahl der Erkrankten könne aber gut dreimal so hoch liegen. In sieben der 22 Provinzen des Landes gebe es nach der Definition von UNAids bereits regelrechte Epidemien. (*Foreign Affairs*, 03/2002, www.foreignaffairs.org)

Die Kommission für Entwicklungsplanung des Staatsrats ist zuständig für die Regulierung der Preise. Von ausländischen Unternehmen wird sie wegen der mangelnden Transparenz ihrer Entscheidungsfindung kritisiert. Viele Preise setzt die Kommission direkt fest, andere können sich relativ frei bilden. Starke Unmut erregte im vergangenen November die Ankündigung, Preisobergrenzen für alle Medikamente einzuführen; Joint-Venture-Produkte und Importe sollten höchstens 30-40% teurer sein als lokal hergestellte Erzeugnisse. Nach dem neuen Arzneimittelgesetz, das im Januar diesen Jahres in Kraft trat, darf eine Preisbildung über den Markt nicht zu „übermäßigem Gewinn“ führen. Der Zentralregierung geht es offensichtlich um eine Dämpfung der Kosten im Gesundheitssystem. (AWSJ, 23.11.01; NfA, 24.1.02) Diesem Zweck dient auch die Einführung einer Krankenversicherung, die das alte System staatlicher und betrieblicher Versorgung ersetzen soll. Im vergangenen Jahr wurde der von Patienten zu bezahlende Eigenanteil erhöht. Während dessen deckten die Medien viele Fälle auf, bei denen Medikamentenpreise künstlich hoch gehalten wurden. Zudem wurde deutlich, dass der Medikamentenverkauf häufig die Haupteinnahmequelle von Krankenhäusern ist. Daraufhin wurde die staatliche Kontrolle der Preise verschärft; im Dezember wurden Preisobergrenzen für jene 383 Medikamente erlassen, die von der staatlichen Krankenversicherung bezahlt werden.

Ein großes Potenzial für Reformen gibt es bei den 6.000 einheimischen Arzneimittelherstellern; Fusionen und Zusammenlegungen, wie sie in anderen Branchen bereits erfolgt sind, scheinen hier unausweichlich. Neben den fehlenden Größenvorteilen ist vor allem der Mangel an Innovation ein

Hauptproblem. So sind 97% der lokal hergestellten Medikamente Kopien von ausländischen Produkten. Durch den WTO-Beitritt wächst der Druck auf China, den Schutz von geistigem Eigentum zu beachten; die Besitzer von Patenten dürften versucht sein, hohe Entschädigungen einzuklagen. Dies könnte für die einheimische Pharmaindustrie zu einer großen Herausforderung werden. (XNA, 4.12.02)

Dass Einfuhrzölle auf Medikamente im Jahr 2003 von 14% auf 6% sinken, sehen die Betriebe wegen der großen Preisspanne zwischen lokal produzierten Produkten und Importen gelassen. Von der gleichzeitigen Liberalisierung des Vertriebs erwartet die Branche dagegen deutliche Impulse, denn die Kommissionen waren hier bislang sehr hoch. Allein das Unternehmen Sanjiu Medical & Pharmaceutical will 157 Mio. US\$ investieren, um ein Netz aus 8.000 Apotheken aufzubauen.

Derzeit jedenfalls gehört der Arzneimittelsektor zu den profitabelsten Branchen in China, wie aus den Jahresberichten der 60 am A-Markt gelisteten Pharmaunternehmen hervorgeht: beim Kerngeschäft wiesen sie eine durchschnittliche Profitrate von fast 37% aus. Der Durchschnitt der 1.159 notierten Unternehmen aller Branchen lag knapp unter 5%. (*Caijing*, 5.6.02) -bö-

27 Chinesische Autobauer gewinnen in einem dynamischen Marktumfeld

Bei der Beijinger Fahrzeugschau herrschte vom 6. bis 13. Juni großer Andrang: 400.000 Besucher bestaunten die über 500 Modelle, vom Kleinwagen bis zum Bentley war alles vertreten. Während Hersteller vor allem die steigenden Absatzzahlen betonten und VW Asien-Chef Bernd Leissner in zwei Jahren das Durchbrechen der Millionengrenze bei der Zahl der verkauften PKW erwartet, haben die potenziellen Autokäufer ein anderes Hauptgesprächsthema. Dies sind die sinkenden Preise. Durch das überdurchschnittliche Wachstum im untersten Preissegment um 100.000 Yuan gab es im April 2002 eine kleine Sensation: das Modell mit den schnellsten Zuwächsen stammte von einem lokalen Hersteller ohne auslän-

dische Beteiligung. (FT, 7.6.02; XNA, 14.6.02)

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres erfüllte die Autokonjunktur die hohen Erwartungen. Es wurden 1,28 Mio. in China hergestellte Kraftfahrzeuge (einschließlich PKWs) verkauft, ein Plus von 27% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Das Wachstum beschleunigt sich weiter mit Raten von 49% im April und 46% im Mai. Eine Anhalten der Dynamik in den nächsten Monaten erwartet Jia Xinguang, Chefökonom bei der Beraterfirma China National Automotive Industry Consulting & Developing (CAIA). Der Absatz fällt gewöhnlich in den Monaten Juli und August, um dann im September wieder anzuziehen. (*China Online*, 18.6.02)

Zur Überraschung vieler Experten war der Chery das Modell mit den schnellsten Zuwächsen zu Jahresbeginn. Mit 13.200 Euro liegt der Verkaufspreis bei diesem Viertürer nur unwesentlich über der psychologisch wichtigen Marke von 100.000 Yuan. Er ist etwa 12% billiger als Volkswagens meistverkauftes Modell, der Jetta, dem der Chery optisch sehr stark ähnelt. In den ersten vier Monaten 2002 wurden 14.179 Einheiten abgesetzt. Mit über 35.000 verkauften Jettas liegt Volkswagen weiterhin deutlich vorn. Das Absatzwachstum der Marke blieb mit 16% in den ersten vier Monaten jedoch unter dem Branchendurchschnitt von 30%. Der Absatz des Chery wuchs gar um 305%.

JETTA-KONKURRENT REÜSSIERT DANK SUBVENTIONEN UND VW-ORIGINALTEILEN

Hergestellt wird das Fahrzeug von SAIC Chery Automobile, einem erst fünf Jahre alten Unternehmen der Provinz Anhui, die zu den am wenigsten entwickelten Regionen des Landes gehört. Nach Angaben des Vertriebsmanagers Jin Yibo sind finanzielle Vergünstigungen der Hauptgrund für den niedrigen Preis des Kleinwagens. Bankkredite von 13 Mrd. Yuan, die zur Gründung des Unternehmens dienten, konnten in Unternehmensanteile getauscht werden, die nun eine Fondsgesellschaft der Provinz Anhui hält. „Aus diesem Grund können wir unsere Wettbewerber unterbieten. Wir zahlen keine Kreditzinsen,“

sagt Jin Yibo. Selbst Ökonomen des Zentrums für Entwicklungsforschung beim Staatsrat sprechen offen davon, dass viele einheimische Hersteller unter den Produktionskosten verkaufen, weil sie Subventionen von örtlichen Regierungsstellen erhalten.

Mit einem Anteil von 20% an SAIC Chery beteiligt ist die Shanghai Automotive Industrial Corp. (SAIC), ein Partner von Volkswagen Shanghai. Nach Angaben von VW Asien-Chef Leissner kam es zu Differenzen mit SAIC, weil Originalteile des Jetta in den Chery eingebaut worden waren. Nun hat sich SAIC Chery bereit erklärt, künftig keine VW-Originalkomponenten zu verwenden. Sollte der chinesische Partner sich nicht an die Vereinbarung halten, wäre dies nur schwer zu belegen. Eine Klage von VW hätte ohnehin nur geringe Aussicht auf Erfolg: Der Fall würde in Anhui verhandelt werden und die Provinzregierung ist Haupteigentümer von SAIC Chery.

Mit einer ähnlichen Strategie wie SAIC Chery konnte Geely Automobile Marktanteile gewinnen. Der ehemalige Motorradhersteller baut den Kleinwagen Merrie, der dem Modell Xiali stark ähnelt. Der Xiali wird von Tianjin Auto unter Beteiligung von Toyota produziert. Unter anderem wegen seiner Beliebtheit bei Taxifahrern in Beijing und anderen Großstädten ist der Kleinwagen weit verbreitet. Im Merrie steckt der gleiche Motor wie beim Xiali, allerdings aus eigener Produktion. Viele andere Bauteile bekommt Geely von Zulieferern des Konkurrenten.

Der Chery und der Merrie zeigen, dass lokale Unternehmen heute von einer Zulieferindustrie profitieren, deren Aufbau große ausländische Firmen wie Volkswagen und Citroen mit aufgelöst haben. Über die sich in China niedergelassenen ausländischen Unternehmen und Joint Ventures der Zuliefererindustrie hat ein sichtbarer Technologietransfer stattgefunden.

Dennoch scheinen ausländische Autobauer entschlossen, ihre Investitionen zu erhöhen. Der Technologietransfer zum chinesischen Partner und zu den Zulieferern hat Priorität, trotz der genannten Beispiele bei der Weitergabe. Nach Angaben von VW-Manager Leissner will VW in den nächsten fünf Jahren weitere 2,8 Mrd. Euro investieren. Im selben Zeitraum soll der lokale

Fertigungsanteil aller von VW in China produzierten PKWs von heute etwa 40% auf 75-80% gesteigert werden. (SCMP, 4.6.02; FT, 7.6.02) Denselben Grad der lokalen Fertigung strebt auch Daimler Chrysler an; das Unternehmen hat den Joint-Venture-Vertrag mit Beijing Jeep gerade um 30 Jahre verlängert. Neben dem Grand Cherokee Jeep wird in Beijing ab dem nächsten Jahr auch der Pajero Sport hergestellt werden. Es handelt sich dabei um ein Modell von Mitsubishi Motors. Daimler Chrysler hält 37% der Anteile des japanischen Autobauers, der seine Baupläne zur Verfügung stellt. (FT, 7.6.02; AWSJ, 4.6.02)

FUSION VON ZWEI GROSSEN CHINESISCHEN HERSTELLERN

Während der Merrie in China neue Kunden findet, macht sich sein Vorbild, der Xiali, auf den Weg in die USA. Im Juni wurden die ersten Xiali-Kleinwagen der staatseigenen Tianjin Auto Group für den Seetransport verladen. Mit der American Automobile Network Holdings hat das Unternehmen vereinbart, in den nächsten fünf Jahren 25.000 Autos zu exportieren, die in den Vereinigten Staaten zum Preis von 10.000 US\$ pro Stück verkauft werden sollen. Starke Zweifel an dem Erfolg in Übersee hat der Branchenexperte Michael Dunne von Automotive Resources Asia, denn die Qualität des Produkts sei schlecht. Den Motor des Xiali stellt ein Joint Venture her, das Tianjin Auto gemeinsam mit Toyota betreibt. Hatte der Xiali bei in China verkauften Kleinwagen einst einen Marktanteil von 20%, kommt er heute nur noch auf 8-10%. Im vergangenen Jahr hat Tianjin Auto mit dem Modell Verluste von 87 Mio. Yuan gemacht. Als erste Hürde muss der Xiali den Test der US-Behörden überstehen, um eine Zulassung zu erhalten. (FT, 12.6.02)

Alein auf die mehr als fragliche Eroberung des US-Marktes will sich Tianjin Auto nicht verlassen. Angesichts des zunehmenden Wettbewerbsdrucks entschloss sich der Fahrzeugbauer zu einer Fusion mit der First Automotive Works (FAW). Wie im Juni bekannt wurde, verkauft Tianjin Auto 50,98% der Xiali-Produktion an den Volkswagen-Partner FAW. Den 75%-Anteil am Kleinbus-Hersteller Tianjin Huali Auto wird FAW ganz

übernehmen. Ein Potenzial für Kostensenkungen wird vor allem bei den Lieferketten gesehen. Mögliche Interessenkonflikte ergeben sich aus der Zusammenarbeit von Tianjin Auto mit Toyota. Beide Unternehmen planen noch für dieses Jahr ein weiteres Joint Venture zur Produktion von 30.000 Kleinwagen jährlich im Preissegment unter 130.000 Yuan. Dort würden sie den Modellen von FAWs Partner Volkswagen Konkurrenz machen. (FT, 16.6.02)

Die Fusion zwischen dem größten und dem viertgrößten chinesischen Autohersteller ist ein deutliches Zeichen für die einsetzende Konzentration auf dem zersplitterten Markt für PKW, zeigt aber auch ein Haupthindernis für den Fortgang dieses Prozesses. So verfügt jeder bedeutende lokale Hersteller über Joint Ventures mit ausländischen Unternehmen. Fusionen bergen daher ein hohes Konfliktpotenzial. (*Caijing*, 20.5.02) Dies gilt unter Umständen auch für die Kooperation von Shanghai Automotive Industrial Corp. (SAIC) mit General Motors (GM), denn SAIC ist einer der Partner von Volkswagen Shanghai. Durch den Erwerb eines 34%igen Anteils an SAIC Wuling Automotives GM bauen die US-Amerikaner eine bestehende Zusammenarbeit aus. Der Kaufpreis beträgt 30 Mio. US\$. Damit beteiligt sich GM an einem chinesischen Joint Venture zur Herstellung von Kleinbussen und Kleinlastwagen. Bei den ursprünglichen Joint-Venture-Partnern handelt es sich um Wuling Automotive und SAIC. Zusammen fertigten sie im vergangenen Jahr mehr als 120.000 Fahrzeuge. In Shanghai betreiben SAIC und GM bereits das Joint-Venture-Unternehmen Shanghai General Motors, das die PKW-Marke Buick produziert, die sich teilweise im selben Preissegment wie der in China produzierte Audi befindet. SAIC ist auch am Hersteller des erfolgreichen Kleinwagen Chery beteiligt. (AWSJ, 3.6.02; NfA, 4.6.02; *China Online*, 4.6.02)

ENGPASS BEI DER FREMDFINANZIERUNG FÜR DEN FAHRZEUGKAUF

Erst im Oktober 1998 begannen Banken, Kredite für den Kauf von PKWs zu vergeben. Noch heute geschieht dies lediglich bei 10% der verkauften Kleinwagen. Dies liegt auch an

den schlechten Finanzierungsbedingungen. Anzahlungen von 30% und Rückzahlfristen von nur drei Jahren entsprechen nicht den Kundenwünschen, heißt es in einem Bericht des Zentrums für Entwicklungsforschung beim Staatsrat. (SCMP, 4.6.02)

Ausländische Autobauer drängen daher die Regierung, die Rahmenbedingungen für eine Kreditfinanzierung durch die Hersteller zu klären. Die „Maßnahme zur Beaufsichtigung von PKW-Finanzdienstleistungen“ befindet sich noch immer in der Entwurfsphase. Es wächst die Frustration über den mangelnden Fortschritt auf diesem Gebiet, der einen eklatanten Widerspruch zu den Verpflichtungen darstellt, die die Volksrepublik im Rahmen des WTO-Beitritts eingegangen ist. Seit dem Tag des Beitritts dürfen ausländische PKW-Hersteller theoretisch Finanzierungsgesellschaften gründen, allerdings unter der Voraussetzung, dass diese Institute den einschlägigen chinesischen Gesetzen entsprechen. Doch diese Gesetze gibt es noch nicht.

Für die Verzögerung werden verschiedene Ursachen ausgemacht. Hierzu zählen die Unerfahrenheit der Regulierer, der befürchtete große Einfluss auf den Finanzsektor und der Wunsch, einheimische Unternehmen zu schützen. Branchenexperte Zhou Liyun verweist auf das Fehlen einer kohärenten Politik zum privaten Kraftfahrzeugbesitz und zur Autoindustrie als weitere Hindernisse. Zersplitterte Kompetenzen erschweren eine schnelle Lösung. Die Kommission für Entwicklungsplanung beim Staatsrat entwirft derzeit ein Konzept, das Steuern und Abgaben auf PKW, die urbane Infrastruktur und die Förderung des Autokaufs umfassen soll. Industriepolitik im eigentlichen Sinne ist jedoch Sache der Kommission für Wirtschaft und Handel. „Ohne die großen Richtlinien wird es kaum kleine Richtlinien geben“, sagte Zhou.

Konkrete Streitpunkte sind die Höhe der Eigenkapitalanforderungen an Finanzierungsgesellschaften und die Bandbreite für Zinsen. Das einheimische Unternehmen SAIC betreibt bereits eine Finanzierungsgesellschaft und hat gefordert, die Eigenkapital-Schwelle für ausländische Anbieter auf 1 Mrd. Yuan oder 120 Mio. US\$

festzulegen. Ford dagegen schlug eine Mindestanforderung von 100 Mio. Yuan vor. Gegenwärtig scheint sich ein Konsens unter den Herstellern abzuzeichnen, der in der Nähe jener 300 Mio. US\$ liegt, die General Motors vorgeschlagen hat.

Besonders brisant ist die Frage der Zinsen. In anderen Ländern ist eine flexiblere Zinspolitik der Hauptvorteil von Finanzierungsgesellschaften gegenüber Banken. In China werden Zinssätze bislang von der Regierung festgelegt. Einheimische Unternehmen verwarren sich gegen die völlig freie Wahl der Zinssätze mit dem Argument, dies würde zu einem gnadenlosen Wettbewerb um Marktanteile führen und die Zinsen schnell auf Null sinken lassen.

Branchenexperte Zhou rechnet mit einem experimentellen Vorgehen der Behörden zur Lösung des gegenwärtigen Dilemmas. Die Regierung würde zunächst eine vorläufige Maßnahme veröffentlichen, um dann einige ausländische Finanzierungsgesellschaften zuzulassen. Nach ersten Erfahrungen könne dann die Regulierung angepasst werden. Es sieht also danach aus, dass sich ausländische Autohersteller weiter gedulden müssen. (*Caijing*, 20.6.02) -bö-

28 Mehr Transparenz der Banken und Abbau Not leidender Kredite

Die Zentralbank hat neue Regeln für die finanzielle Offenlegungspflicht der Banken mit dem Ziel veröffentlicht, die Transparenz der Buchführungspraktiken zu erhöhen. Die Bestimmungen sehen vor, dass die Banken einen jährlichen Bericht über die finanzielle Situation vorlegen müssen, einschließlich der Bilanzen. Der jährliche Finanzbericht muss bis Ende April eines jeden Jahres erstellt sein. Die Banken haben weiterhin die Auflage, ihre Finanzbuchhaltung durch eine anerkannte Buchprüfungsfirma kontrollieren zu lassen.

Die Einführung einer strengeren Offenlegungspflicht für die Banken erfolgt in Anlehnung an internationale Standards. Mit Blick auf die Liberalisierung des Bankensektors und Öffnung für ausländische Banken bis zum Jahre 2006 scheint die Regierung nun

die Anpassung inländischer Finanzinstitute an internationale Rahmenbedingungen voranzutreiben.

Von den neuen Vorschriften sind Banken ohne Berücksichtigung ihrer Eigentumsstruktur betroffen. Ausnahmen bestehen für die Städtischen Geschäftsbanken, die diese Auflagen erst ab dem 1. Januar 2006 zu erfüllen haben. Auch Banken mit einer Kapitalisierung von weniger als 1 Mrd. Yuan (120,8 Mio. US\$) oder Einlagen von weniger als 500 Mio. Yuan sind nicht von der neuen Bestimmung betroffen. (ASWJ, 21.5.02)

Um die Last der Not leidenden Kredite zu reduzieren, plant die China Construction Bank (CCB) eine Auktion von Vermögenswerten (von Schuldnerunternehmen) in 24 Städten landesweit vom 3. bis 9.6.02. Insgesamt sollen 60 spezialisierte Unternehmen Vermögenswerte in Höhe von 4 Mrd. Yuan (483,09 Mio. US\$) in den Auktionen verkaufen.

Das US-Wertpapierhaus Morgan Stanley kündigte Ende Juni an, dass es rd. 300 Not leidende Kredite und Immobilien aus Zwangsvollstreckungen im Umfang von rd. 5 Mrd. Yuan (604 Mio. US\$) von der CCB aufkaufen will. Die offizielle Genehmigung durch die Regierung muss allerdings noch erteilt werden. (bizorg, 28.6.02)

Der stellvertretende Präsident der Industrial and Commercial Bank of China (ICBC) betrachtet die Not leidenden Kredite als das größte Problem der Banken. Im letzten Jahr habe das Volumen dieser Kredite bei staatseigenen Geschäftsbanken 1,76 Billionen Yuan (212,56 Mrd. US\$) betragen.

Offiziellen Statistiken zufolge sind 25,37% der Kredite als „bad debt“ eingestuft. Im März d.J. forderte der Zentralbankpräsident Dai Xianglong die staatseigenen Banken auf, den Anteil ihrer Not leidenden Kredite um 3% pro Jahr in den nächsten Jahren zu reduzieren. Die Banken selbst haben sich anschließend verpflichtet, diese Quote um 10% in den kommenden 3-5 Jahren zu senken.

Es muss davon ausgegangen werden, dass der Abbau der Not leidenden Kredite ohne eine staatliche Unterstützung nicht möglich sein wird. So ist nicht klar, wie die Banken jährlich rd. 200 Mrd. Yuan (24,15 Mrd. US\$)

an Not leidenden Krediten in den folgenden fünf Jahren reduzieren wollen. Bei einem Verkauf der Kredite mit einem Abschlag vom Ursprungswert zwischen 40-60% würden die Verluste für die Banken sehr hoch sein und rd. 100 Mrd. Yuan betragen können. Nach Einschätzung des ICBC-Vizepräsidenten Li Lihui wird ein Teil der Verluste durch die Gewinne der Banken gedeckt werden müssen. (*China Online*, 31.5.02)

Die großen Staatsbanken haben bereits eine Reihe von Schritten zur Restrukturierung und größeren Transparenz unternommen. Beispielsweise hat die ICBC im Jahre 2001 im Rahmen ihrer Umstrukturierungsmaßnahmen das Netz ihrer landesweiten Niederlassungen um 4.300 Zweigstellen reduziert und rd. 47.000 Arbeitskräfte entlassen. Bereits im Jahre 2000 waren in der ICBC rd. 75.000 Arbeitsplätze abgebaut worden. Mittelfristig soll die Zahl der Beschäftigten einen Umfang von rd. 400.000 erreichen. Die Zahl der Niederlassungen ist seit Beginn der Umstrukturierung um rd. ein Drittel verkleinert worden.

Die ICBC weist den Anteil der Not leidenden Kredite im Jahre 2000 mit 34,43% und im Jahre 2001 mit 29,78% aus. Dieser Prozentsatz liegt deutlich höher als zuvor von der Bank ausgewiesen, da neue Definitionsstandards eingeführt wurden. (Siehe Tabelle 1)

Tabelle 1: Grunddaten der ICBC

	2000	2001
Niederlassungen	31.700	28.300
Beschäftigte	476.000	429.000
Not leidende Kredite (%)	34,43	29,78
Eigenkapitalquote (%)	5,38	5,76

Quelle: Geschäftsbericht der ICBC, in: SCMP, 7.6.02.

Der Abbau der Beschäftigten und die Verkleinerung des Zweigstellennetzes soll die Effizienz der ICBC stärken. Gleichzeitig begann die Bank mit der Einführung von Kreditkontrollsystemen sowie der Kooperation mit ausländischen Banken, Versicherungsunternehmen und Wertpapierhäusern. In den Geschäftsberichten der Bank wird

eine Verbesserung der Finanzdaten im Jahre 2001 im Vergleich zu 2000 angegeben. (SCMP, 7.6.02) So soll der Gewinn von 5,08 Mrd. Yuan auf 5,89 Mrd. Yuan gestiegen sein; auch die Eigenkapitalquote erhöhte sich von 5,38% auf 5,76%. Mit Blick auf den BIS-Standard von 8%, liegt die Eigenkapitalquote der ICBC jedoch noch deutlich unter dem geforderten Niveau. (Siehe Tabellen 1 und 2)

Tabelle 2: Finanzdaten der ICBC (Mrd. Yuan)

	2000	2001
Gewinn	5,08	5,89
Zinseinnahmen	141,08	115,1
Netto-Zinseinnahmen	41,82	42,34
Aktiva	3.786,37	4.127,07
Kredite	2.413,59	2.659,46
Passiva	3.786,37	4.127,07
Einlagen	3.248,51	3.580,47
Gewinne/Aktiva (%)	0,13	0,144
Gewinne/Eigenkapital	2,71	3,091

Quelle: Geschäftsbericht der ICBC, in: SCMP, 7.6.02.

Die Anstrengungen der ICBC wurden inzwischen auch international gewürdigt. So wurde die Bank von der US-amerikanischen Fachzeitschrift *Global Finance* in ihrer Mai-Ausgabe als beste Bank in China benannt. Die Zeitschrift lobte das Engagement der Bank, ausländische Unternehmen wie Kodak (USA) oder Sony (Japan) als Kunden zu gewinnen. Weiterhin setzte die Bank auf die Expansion im Hypothekenmarkt, der durch den Boom beim Kauf von Eigentumswohnungen getragen wird. Die Bank plane in diesem Segment ihre Hypothekenkredite auf 15% der Aktiva bzw. rd. 550 Mrd. Yuan bis zum Jahre 2005 auszuweiten. (http://www.globalf.vwh.net/content/?article_ID=166, Zugriff am 16.7.02)

Eine weitere chinesische Bank machte in internationalen Fachzeitschriften Schlagzeilen, nämlich die Bank of China (BOC). So wurde das Ranking der BOC in der Juli-Ausgabe der britischen Zeitschrift *Euromoney* deutlich verbessert. Im Vergleich zu 1.000 internationalen Banken (Top 100 World

Banks) erfolgte eine Verbesserung der Position der BOC von Rang 18 im Jahre 2001 auf Rang 11 im Jahre 2002. Die BOC erhielt von der Zeitschrift auch den Titel „beste Bank in China“ für das Jahr 2002. (XNA, 2.7.02) -schü-

29 Unwetter in 19 Provinzen

Im Juni traten in verschiedenen Provinzen schwere Regenfälle und Überschwemmungen auf, die hohe Schäden verursacht haben. Nach Angaben des Zivilverwaltungsministeriums haben Regenstürme den Tod von 471 Menschen verursacht und wirtschaftliche Schäden in Höhe von 17,9 Mrd. Yuan (rd. 2,16 Mrd. US\$) angerichtet. Die Statistiken, die auch vom Hauptquartier der State Flood Control and Drought Relief und des Landwirtschaftsministeriums bestätigt wurden, weisen auf eine Anzahl von 54 Mio. Menschen hin, deren Leben durch die schweren Regenfälle beeinträchtigt wurde. Weiterhin bestehen Schäden auf einer Fläche von 2,6 Mio. Hektar Ackerland.

Dem Rundschreiben des Zivilverwaltungsministeriums nach waren weiterhin fast 110 Mio. Menschen in 18 Provinzen, Autonomen Regionen und Städten zwischen dem 1. und 25.6.02 von Überschwemmungen betroffen. Diese haben 595 Menschenleben gekostet, 1,427 Mio. Menschen mussten aus ihren Häusern evakuiert werden. Der direkte wirtschaftliche Schaden wird mit 25 Mrd. Yuan (3,13 Mrd. US\$) angegeben.

Die Provinzen, die am schwersten von den Unwettern betroffen wurden, sind Shaanxi, Fujian, Sichuan, Chongqing, Jiangxi, Hunan, Guangxi und Guizhou. Während in den Provinzen Shaanxi, Gansu sowie Xinjiang und Ningxia mit dem Wiederaufbau begonnen werden kann, ist die Situation in den Provinzen Fujian, Jiangxi, Hunan, Guangxi, Chongqing, Sichuan und Guizhou noch nicht stabil.

Um die materiellen Folgen der Juni-Unwetter abzufedern, hat die Zentralregierung einen Katastrophenfonds mit einem Umfang von 223,5 Mio. Yuan (rd. 26,9 Mio. US\$) zur Verfügung gestellt. Weiterhin steuerten die Lokalregierungen Mittel in Höhe von

130 Mio. Yuan (rd. 15,66 Mio. US\$) bei. (XNA, 27.6.02)

Das Internationale Rote Kreuz weist in einem Bericht auf das Problem, dass die Bauern nicht nur ihre Häuser und Gegenstände des täglichen Lebens durch die Unwetterkatastrophe verloren haben, sondern für das kommende Jahr auch kein Saatgut mehr haben. Die Organisation hat 5 Mio. Schweizer Franken für Nahrung, Wasser, provisorische Unterkünfte, Medizin, Decken und Bekleidung für Menschen in den neun am stärksten betroffenen Provinzen bereitgestellt. Das Amerikanische Rote Kreuz spendete rd. 100.000 US\$. (SCMP, 27.6.02)

Die Provinz Shaanxi wurde mit am schwersten vom Unwetter betroffen. Hier lösten die Regenstürme und Überschwemmungen Erdrutsche aus und führten zu hohen Schäden. So wurden beispielsweise im Kreis Fuping 132 Menschen getötet, 105 Menschen werden noch vermisst. Die Infrastruktur des Kreises wurde stark beschädigt, u.a. stürzten Brücken ein und die Energie- sowie die Wasserversorgung kamen zum Erliegen. (BBC PF, 24.6.02) -schü-

SVR Hongkong

30 Tung Chee-hwa stellt sein neues Kabinett vor

In der letzten Juniwoche hat der Hongkonger Regierungschef Tung Chee-hwa im Rahmen der Einführung des neuen Ministerialsystems (vgl. C.a., 2002/4, Ü 37) sein neues Kabinett vorgestellt. Eine Gruppe von Ministern bzw. politischen Spitzenbeamten (*Principal Officials*) wird in Zukunft die Leitung der verschiedenen Verwaltungsressorts übernehmen. Die Aufgabe des *Civil Service*, der bisher für die Politikformulierung und -implementation zuständig war, wird sich dann auf die Umsetzung der von den Ministern vorgegebenen politischen Maßnahmen beschränken. Die neuen Spitzenbeamten werden dem Regierungschef persönlich verantwortlich sein; ihre Amtszeit ist auf